

Wozu noch Banknoten? Ein sorgenvoller Blick in die Zukunft

Wer hätte vermutet, dass wir vom kleinen Zypern mit einer Wirtschaftsleistung von 0,2 Prozent aller Eurostaaten etwas über die grosse Finanz- und Währungskrise dieser Tage lernen können?

Renzo Zbinden

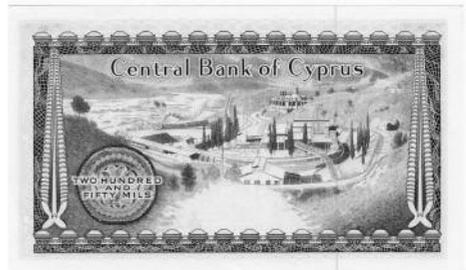
Sie erinnern sich: Der drohende Staatsbankrott der Mittelmeerinsel konnte in letzter Minute abgewendet werden.

Zypern, harte Fakten und eine Blaupause

Die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfond (IWF) zusammen mit der zypriischen Regierung hatte sich auf einen Rettungsplan geeinigt, der nicht nur die Aktionäre und Anleihengläubiger der beiden Grossbanken (Laiki Bank und Bank of Cyprus) einschliesst, sondern auch die Bankkonten der Privatgläubiger. Dazu gehören nicht nur russische Oligarchen, betroffen sind auch inländische Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Kliniken und Sparkapitaleigentümer ab einer bestimmten Einlagehöhe. Man nennt diese unverfänglich «unversicherte Einleger», sie wurden kurzerhand partiell enteignet durch Abbuchungen auf den Einlagekonten. Flankiert wurde die Enteignung durch sofort wirksame Kapitalverkehrskontrollen. Ein Schulbeispiel oder eine Vorlage für späteres Tun im Euroraum? Die Euro-Politiker widersprechen sich.

Der Euro verdrängt den Franken, eine Hypothese

Seit einiger Zeit sorgt die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit Devisenkäufen dafür,



Das waren noch Zeiten: Banknote Zypern 250 Mills 1.6.1982 (125 x 73mm)

dass der Euro-Franken-Kurs nicht mehr unter 1.20 fällt. Per Ende 2012 hat die SNB zur Sicherung des Euro-Mindestkurses Fremdwährungen im Gegenwert von 188 Milliarden Franken erworben. Die Devisenanlagen der SNB nahmen zu auf ein Allzeithoch im März 2013 von 446 Milliarden, die Bilanzsumme auf 519 Milliarden (Zwischenbericht der SNB per 31.3.2013, datiert vom 30.4.2013). Und der Druck auf den Euro-Mindestkurs hält an. Es ist nicht auszuschliessen, dass die SNB in naher Zu-

kunft den Schweizer Franken nicht mehr länger an den Euro koppeln will und kann, das Bilanzwachstum als Folge der Interventionen bzw. die Bilanzverlängerung wird zu gross, sie müsste die Notbremse ziehen bzw. die Bilanzverkürzung einleiten. Devisenverluste in Milliardenhöhe wären die Folge. Nach langen Verhandlungen könnte sich die Schweiz in die Euro-Währung retten, ohne der EU beizutreten (und als Numismatiker wissen wir, welche Vielzahl von Währungen wir in den letzten drei bis vierhundert Jahren im Gebiet der heutigen Schweiz hatten). Eine bisher kaum diskutierte Hypothese aber auch keine Voraussetzung für die weiteren Ausführungen.

Eine supranationale Währungspolitik als unabwendbare Folge

Die Probleme in gewissen Euro-Ländern (Griechenland, Slovenien, Italien, Malta u.a.) sind so gross, dass die nationalen Regierungen weitere Rechte und Pflichten der bisher nationalen Währungshoheit an die EU abtreten müssen. Oder weniger salopp formuliert, die an der Eurozone teilnehmenden Mitgliedstaaten übertragen die volle Währungshoheit mit allen damit verbundenen währungs- und kreditpolitischen Befugnissen an die EU-Gemeinschaft bzw. das ESZB (Europäisches System der Zentralbanken). Neu bestimmt Brüssel die Währungs- und Geldpolitik in einer europäischen Schuldenunion.

Elektronen im Vormarsch

Viele Zahlungen erfolgen heute über die Kreditkarte, per Internet über Post- und Bankkonti oder übers Mobiltelefon, sogar für die Fahrkarte im Ortsbus wird nicht mehr bar bezahlt. Das

Surtenfestival 2013 ist «cashless». Man bezahlt mit einem Chip am Handgelenk. Banknoten sind nur noch selten Zahlungsmittel. Beim Grenzübertritt in die EU darf man nicht mehr als 10'000 Euro mitnehmen, Italien erlaubt nur noch eine Barzahlung von maximal 1000 Euro. Andere Länder folgen diesem Beispiel. Banknoten werden aber zusehends als Spargeld gehortet und vor dem Fiskus versteckt oder als Zahlungsmittel für den Schwarzmarkt missbraucht. So werden Banknoten zum Ärgernis der Steuerbehörde. Wer sein Vermögen dem Zugriff des Staates entziehen will, flüchtet neu ins Gold. Gold gewinnt an Bedeutung und wird als stille Reserve für schwierige Zeiten gehortet – als Münzen (Vreneli, Napoleon, Krügerland, Maple Leaf u.a.) oder Barren (hinunter bis zum Zehngrammplättchen). Auf diese Weise wird Gold zur unerwünschten Parallelwährung. Die EU erklärt den Besitz von Gold als subversiv und die Politik sieht sich gezwungen, den Besitz von Gold zu verbieten (so wie in den Vereinigten Staaten im Jahr 1934).

Der gläserne Staatsbürger

Der Druck der ausländischen Steuerbehörden auf die Schweiz hat bewirkt, dass der automatische Informationsaustausch (AIA) als zukünftig globaler Standard der OECD akzeptiert werden musste. Linke Kreise erzwingen im Anschluss, was heute schon im Ansatz sichtbar ist, dass der AIA für ausländische Kunden auch für inländische Kunden gelten soll, gleiches Steuerrecht für alle. Der gläserne Staatsbürger ist geschaffen. Die Steuerbehörde hat Zugriff auf alle Bankkonti und den gesamten Zahlungsverkehr bzw. erhält über den AIA alle relevanten Daten für die Steuerveranlagung. Das Erwerbs-



Ungarn 100'000'000 B.-Pengo 3.6.1946 (158 x 78mm) – 1 B.-Pengo = 1'000'000'000'000 Pengo

einkommen, das Ersatzeinkommen, der Vermögensertrag und -gewinn, alle Transaktionen gehen direkt per Datentransfer an die Steuerbehörde. Der gläserne Kunde füllt keine Steuererklärung mehr aus, die Veranlagung erfolgt gestützt auf die erfassten Altbestände und die zwischenzeitlichen Transaktionen direkt aus der Datenbank der Steuerverwaltung. Der Steuerpflichtige darf noch Einwände erheben, die Beweislast wird jedoch umgekehrt und liegt neu bei ihm.

Der übergreifende Staat

Wie bisher dehnt der Staat seine Aufgaben und Ausgaben stetig aus und erhöht damit die Staatsquote um weitere Prozente. Die Schuldenbremse wird politisch gekippt und die Staatsverschuldung nimmt neue Ausmasse an. Die Überflutung des Euro-Marktes mit Buchgeld durch das ESZB als antizyklisches Korrektiv gegen die nachlassende Wirtschaftsleistung wird von der Realwirtschaft immer weniger absorbiert (die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Leitzins am 1.5.2013 auf 0.5 Prozent gesenkt und damit auf den tiefsten Stand seit Bestehen der Währungsunion). Die fortwährende Ausdehnung der Geldmenge führt über eine galoppierende Inflation mittelfristig zu einer Hyperinflation. Alle Haus- und Wohnungseigentümer sehen sich bevorteilt, nehmen doch die Schulden kaufkraftbedingt ab. Nur die neue Generation hat grosse Nachteile, sind doch die Liegenschaften, bedingt durch die Inflation, fast unbezahlbar geworden. Auch die Eigentü-

mer von elektronischen Sparkonten leiden, da ihre Konten an Wert verlieren, und dann erst die Rentner, die mit ihrer Rente immer weniger kaufen können. Der Staat federt die sozialen Nachteile ab durch Zuschüsse und Transferzahlungen. Dazu erhöht er den Grenzsteuersatz auf 75% (wie momentan Frankreich). Sogar Zwangsanleihen und -hypotheken auf Grundstücke werden in Erwägung gezogen (wie in der Weimarer Republik nach 1923), dann aber wieder verworfen. Im System des elektronischen Buchgeldes kann der Staat auf andere Weise die Einnahmen und Ausgaben nach Belieben seinen Bedürfnissen anpassen.

Das Ende der Banknoten

Für all das braucht der Staat kein Papiergeld, es ist im Gegenteil hinderlich. Neue Banknoten werden nicht mehr gedruckt, die Gültigkeit der im Umlauf befindlichen Banknoten wird um Jahre verkürzt. Die Banknoten werden zu historischen Zeitdokumenten und begehrten Objekten für Banknotensammler.

Der zypriotische Staatspräsident Nikos Anastasiadis erklärte am 29. März 2013 die Situation sei nun «unter Kontrolle» und die Gefahr eines Bankrotts gebannt. Per Dekret des Finanzministeriums werden die Kapitalverkehrskontrollen wieder gelockert. Und die SNB machte im ersten Quartal 2013 einen Gewinn von 11 Milliarden. Alles nur eine abgehobene Anekdote oder doch die bitterböse Wahrheit über eine Entwicklung, die uns langsam zu entgleiten droht?